

## **Impulsvortrag: Existenzsicherheit – Grundeinkommen, Grundsicherung, Sozialversicherung. Bericht aus dem Projekt „Grundeinkommen“ der Diakonie Deutschland**

Michael David

Michael David: [michael.david@diakonie.de](mailto:michael.david@diakonie.de)

Viele Leistungsberechtigte machen aufgrund bürokratischer Regelungen Ansprüche nicht geltend. Einfachere Zugänge zum Existenzminimum sind nötig. Die Diakonie Deutschland spricht sich gegen Sanktionen in der Grundsicherung aus und diskutiert über die Bewertung von Grundeinkommen.

Es gibt nicht „das Grundeinkommen“, sondern verschiedene und widersprüchliche Modelle. Konkrete Bewertungsmaßstäbe sind nötig. Grundeinkommensmodelle, die mit dem Abbau von Sozialleistungen, Steuerentlastungen für höhere Einkommen und dem Rückbau der Sozialversicherung verbunden werden, sind abzulehnen. Emanzipatorische Grundeinkommensmodelle sind verbunden mit sozialer Sicherheit und notwendigen Umverteilungsinstrumenten.

Fragen von Grundsicherung, Grundeinkommen und besseren Zuverdienst-möglichkeiten sind im Zusammenhang zu beantworten.

Der Begriff „Grundeinkommen“ ist wertfrei. Er muss durch Begriffe wie persönliche Autonomie, soziale Beteiligung und Sicherung des Existenzminimums gefüllt werden. Theologisch ist die Diakonie der bedingungslosen Hilfe für Arme und Ausgegrenzte verpflichtet, menschenrechtlich ein „Leben ohne Furcht und Not“ Maßstab.

„Grundeinkommen“ ist kein Ziel, sondern eine Methode. Die Diakonie setzt sich für ein umfassendes System von Existenzsicherheit ein. Dieses umfasst Elemente von Grundsicherung, Grundeinkommen, Sozialversicherung / Erwerbstätigenversicherung und Lebensstandardsicherung. In der Umsetzung von Grundeinkommensbausteinen bietet das Konzept der Negativen Einkommenssteuer Vorteile.

Für die Lebensphase Kindheit schlägt die Diakonie ein Kinder-Grundeinkommen vor. Dieses soll Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag und Kinderregelsatz durch eine einheitliche Pauschale ersetzen. Die Wohnkosten sind eigenständig und bedarfsgerecht zu regeln. Weitere Hilfen wie Schulbedarfe, Fahrkarten oder kostenloses Mittagessen kommen hinzu.

Es spricht vieles dafür, die geltenden Einkommensanrechnungsregelungen der Grundsicherung durch ein System der Negativen Einkommenssteuer für erwachsene Personen (nicht Bedarfsgemeinschaften) zu ersetzen und mit einem bedarfsgerechten Wohngeld zu verbinden. Für die Sozialversicherungsbeiträge sollte eine Gleitzone wie heute bei Midijobs gelten. Die umlagefinanzierte Rente hat Züge von Bedingungslosigkeit und Grundeinkommen, die ausgebaut werden sollten.

Grundsicherungs- und Grundeinkommensmodelle setzen eine nachvollziehbare Herleitung des Existenzminimums voraus.

## **Impulsvortrag: Grundeinkommen: Modelle, Bewertungsmaßstäbe**

Franz Segbers

Franz Segbers: [franz.segbers@online.de](mailto:franz.segbers@online.de)

Es gibt nicht das eine Grundeinkommensmodell. Grundeinkommen gibt es nur im Plural und mit einer Vielzahl von jeweils spezifischen normativen und politischen Hintergründen sowie Menschenbildern, die immer auch mit je unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Veränderungsvorhaben verbunden sind.

Die hohe gesellschaftliche Zustimmung zum Grundeinkommen scheint mit der Einstellung zu bestimmten Gerechtigkeitsvorstellungen zu korrelieren. Werden Defizite des Bedarfs bei bestimmten gesellschaftlichen Gruppen identifiziert, dann wird die Bedarfsgerechtigkeit präferiert. Wer aber eher das Leistungsprinzip als gesellschaftliche Verteilungsregel befürwortet, wird das bedingungslose Grundeinkommen kaum unterstützen. Doch im Streit um Bedarfs- oder Leistungsgerechtigkeit wird der Kern der Gerechtigkeitsfrage noch nicht erfasst. Die Gerechtigkeitsfrage entsteht nämlich aus der Frage danach, was Menschen an Verhältnissen leiden lässt, welche die Menschenwürde verletzen. Die Gerechtigkeit fragt deshalb danach, was Menschen einander schulden und warum sie sich etwas schulden, damit solche ungerechten Zustände korrigiert werden.

Der Streit um das Grundeinkommen ist ein zweifacher: Ein grundsätzlicher Streit zwischen Befürwortern und Gegnern eines Grundeinkommens und ein Streit innerhalb des Lagers der Grundeinkommensbefürworter um das jeweilige Konzept eines Grundeinkommens. In der Debatte um das Grundeinkommen ist umstritten, ob ein Grundeinkommen den bestehenden Sozialstaat schwächen oder Wege in einen anderen zukunftsfähigeren Sozialstaat eröffnen würde. Deshalb ist zu klären, wann ein Grundeinkommen eine sozialstaatlich geprägte alternative Antwort auf die Krise des Sozialstaats ist, also ein politisches Angebot, das nicht zu einer Delegitimierung, Erosion oder Überwindung des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements, sondern zu seiner ideellen und institutionellen Erneuerung führt?